

Beschäftigen Sie sich einmal mit den Rechtsgrundlagen, und kommen Sie hier zu konstruktiven Vorschlägen und Ergebnissen!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Herr Kollege Lammerskitten möchte antworten. Auch Sie haben anderthalb Minuten. Bitte schön!

Clemens Lammerskitten (CDU):

Ich will das in einem einzigen Satz zusammenfassen. Wenn in den Ministerien bereits gehandelt wird, dann muss nicht mehr zum Handeln aufgefordert werden; dann ist das eigentlich die falsche Reihenfolge.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Schwarz [SPD]: Komisch, dann wissen Sie selber nicht, wie die handeln!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Groskurt das Wort.

Ulla Groskurt (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

der bereits bestehende Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen konkretisiert. Hieraus ergibt sich ein Handlungsauftrag an Niedersachsen zur Erstellung eines Aktionsplans.

Genau hier schließt der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Der Antrag ist mehr als berechtigt, da es in Niedersachsen weder zum Zeitpunkt der Einbringung des Antrages im September 2010 - da waren seit Inkrafttreten der UN-Konvention immerhin anderthalb Jahre vergangen - und auch heute noch keinen Aktionsplan gibt. Die SPD wird diesem Antrag zustimmen.

(Zustimmung bei der SPD)

In der ersten Beratung und heute hat Frau Helmhold die Forderungen der UN-Konvention und die Umsetzungsverpflichtung der Landesregierung

dargelegt. Ich denke und hoffe trotz der Einlassungen von Herrn Lammerskitten, die UN-Konvention findet in diesem Hause fraktionsübergreifend Zustimmung.

Es muss doch möglich sein, dem Antrag bzw. dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fraktionsübergreifend zuzustimmen. Die Forderung, einen Aktionsplan bis September 2011 zu erstellen - hier hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frist noch einmal verlängert; Frau Helmhold hat es eben angesprochen -, kann doch von der Landesregierung mit Leichtigkeit erfüllt werden,

(Gudrun Pieper [CDU]: Das wird doch schon gemacht!)

da er sich laut Aussage des Staatssekretärs, Herrn Pott, auf der Zielgeraden befindet. Der Aktionsplan befindet sich auf der Zielgeraden. Das heißt, dass er noch nicht angekommen ist, wobei ich anmerken muss, dass die Wege im Ministerium wirklich sehr lang sein müssen; denn der Aktionsplan ist seit zwei Jahren unterwegs.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Auch die Forderung, für den Aktionsplan Zielvorgaben zur Umsetzung der UN-Konvention zu formulieren, kann nicht strittig sein. Das gilt ebenso für die Forderung, mit anderen Bundesländern Gespräche mit der Bundesregierung zur Frage der Finanzierung zu führen. Das müsste doch zum Tagesgeschäft der Landesregierung gehören. Keine dieser Forderungen ist auch nur ansatzweise dazu angetan, die Landesregierung zu kritisieren oder zu treiben, sondern sie sind eher unterstützend zu sehen. Dass die Opposition nach zwei Jahren des geduldigen Wartens auch jetzt noch nicht die sofortige Vorlage des Aktionsplans verlangt, sondern noch bis September 2011 warten will, ist, wie ich finde, ein großzügiges Arbeitsangebot.

(Zustimmung bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum die Regierungsfaktionen diesen Antrag ablehnen wollen.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Ursula Helmhold [GRÜNE])

Sie haben in der Plenarsitzung am 8. September 2010 erklärt: Wenn sich Deutschland zur Einhaltung und Umsetzung der UN-Behindertenkonvention

tion verpflichtet, dann gilt das natürlich auch für Niedersachsen. - Stehen Sie doch zu Ihrem Wort!

(Norbert Böhlke [CDU]: Das tun wir doch!)

- Nein, das tun Sie eben nicht; sonst würden Sie heute diesem Antrag zustimmen. Aber das kann ja noch passieren; ich habe da noch alle Hoffnung.

(Norbert Böhlke [CDU]: Sie machen sich das zu einfach!)

- Wir machen es uns überhaupt nie einfach. Sie könnten dadurch, dass Sie dem heute zustimmen, nämlich den Eindruck widerlegen, dass die Landesregierung den eindeutigen Handlungsbedarf zur Erstellung eines eigenen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention wenig zielstrebig angeht. Das macht nach außen hin keinen guten Eindruck.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Genau umgedreht ist es der Fall! Das ist widersprüchlich!)

- Nein, wenn Sie jetzt zustimmen, dann sagen Sie: Die Landesregierung ist pffiffig dabei. - Aber: Sie nehmen die guten Vorschläge einfach nicht an, was leider zu einer leichten Kritik von mir führt. Das macht mir wirklich keinen Spaß.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Nur „leicht“?)

- Bis jetzt habe ich Sie fast nur gelobt.

(Norbert Böhlke [CDU]: Zuckerbrot und Peitsche! Das ist ein ganz einfaches System!)

Loben würde mir sehr viel besser gefallen. Sie fordern aber mit Ihrer Arbeitsweise Kritik geradezu heraus.

(Zustimmung bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der mit Ihrer Mehrheit durchgesetzte Beschluss, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen, macht Angst. Die Begründung, von der Landesregierung sei einiges erklärt und angekündigt worden, deshalb brauche man gar nicht mehr darüber zu sprechen, der Antrag sei erledigt, basta, muss doch bei allen Betroffenen Entsetzen auslösen. Wir tief ist die Politik in diesem Land gesunken, dass sie meint, mit Ankündigungen sei die Arbeit erledigt?!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Eindruck, Sie versuchen mal wieder, die Verantwortung zu schieben, indem Sie mit einem Finger auf die Bundesregierung zeigen, die zuerst einen Aktionsplan erstellen soll. Sie alle kennen doch bestimmt das Sprichwort: Wer mit nacktem Finger auf andere zeigt, zeigt mit vier Fingern auf sich.

(Roland Riese [FDP]: Machen Sie das einmal vor! Wie sieht das aus?)

Sie zeigen tatsächlich mit vier nackten Fingern auf sich. Sie stehen nämlich nach zwei Jahren immer noch nackt und bloß da und haben kein Blatt Papier, das Sie zum Schutz davorhalten können.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Das haben wir auch nicht nötig, Frau Kollegin! Wir sehen auch ohne Blatt Papier gut aus! - Editha Lorberg [CDU]: Das sind richtige Karnevalsreden!)

Sie müssen doch auch erkennen, dass die UN-Konvention in Deutschland einen Paradigmenwechsel ausgelöst hat, dieser in Niedersachsen bis heute aber leider nicht stattgefunden hat.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Sie können versuchen, uns hinzuhalten. Sie werden es nicht schaffen, uns zum Schweigen zu bringen. Wir werden nicht resignieren. Im Gegenteil, das stärkt unsere politische Tatkraft, Sie immer und immer wieder aufzuschrecken und, wenn nötig, zum Jagen zu tragen. Wir werden weiter für die Umsetzung der Rechte der Menschen mit Behinderungen streiten.

Wir wollen uns aber eigentlich gar nicht mit Ihnen streiten müssen. Wir wollen Menschen mit Behinderungen als ganz selbstverständlichen Bestandteil unseres Alltags und in jeden Bereich unseres Lebens integrieren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Inklusion müssen wir alle miteinander leben. Nutzen Sie heute bitte die Chance, Ihr ehrliches Wollen zu beweisen! Stimmen auch Sie dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu!

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)